Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936
1909

288 (18.12.1909) 1. Blatt

Visual Library

Mittelbadischer Courier.

Tageblatt und Anzeiger für Ettlingen und Umgebung.

Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 72 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten nehmen Bestellungen an; in Ettlingen die Expedition.

Beilagen; Amtl. Verkünd.-Blatt u. Ill. Unterhaltungsbl.

Druck und Verlag der Buch- und Steindruckerei R. Barth in Ettlingen.

Inserate: Die kleine Zeile oder deren Raum 10 Pfg., lokale Privatanzeigen 8 Pfg. Reklamen die dreigespaltene Zeile 25 Pfg. Bei öfteren Wiederholungen Rabatt. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 288. **1. Blatt.** Ettlingen, Samstag den 18. Dezember **1909.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 17. Dez.

Die Kammer setzte in ihrer heutigen Morgensitzung die Beratung über Nachweisung der Erledigung der alten Positionen fort, wobei besonders die früheren Eisenbahnpetitionen zu lebhaften Erörterungen Anlaß gaben. Bezüglich der Bahnpetition gab die Regierung Auskunft dahin, daß auf Grund der gemachten Anregung eine große Anzahl Projekte ausgearbeitet seien, bezw. noch würden.

Bei den Petitionen, die den Geschäftskreis der Justiz 2c. umfassen, erklärte die Regierung, daß an die Errichtung eines Amtsgerichts in Ladenburg vorerst nicht zu denken sei. Bei den Petitionen der Kriegsteilnehmer um Unterstützung sprach die Regierung den Bezirksämtern einen Tadel aus, die es nicht für notwendig gehalten hatten, auf Anfragen der Interessenten zu antworten. Bezüglich der Gemeinde-Bediensteten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung nicht sehr dahin wirke, diese Beamten in die Fürsorgekasse zu nehmen, sondern sie in der Invalidenkasse belassen solle. Auch die Bitte nach Maschinisten und Heizern und Verstaatlichung der Dampfkesselinspektion wurde nochmals der Regierung empfohlen.

In der heutigen Morgensitzung wurde auch die Interpellation der Nationalliberalen, **betr. die Schiffahrtsabgaben** von der Regierung beantwortet.

Abg. König (natl.) begründet die Interpellation, ausgehend von der Denkschrift der Regierung, in der er keine Unfreundlichkeit gegen Preußen sieht, die er aber als eine nationale Frage betrachtet, bei der auf der einen Seite das Wollen, auf der andern Seite das Recht stehe, wies er darauf hin, daß Baden mit der Einführung der Schiffahrtsabgaben ein Stück seiner Selbstständigkeit verliere und daß damit die Grundsätze der Reichsverfassung angetastet würden. Des Fürsten Bismarck allseits richtigen Standpunkt hervorhebend, daß an der Verfassung nicht gerüttelt werden dürfe, charakterisiert er Preußens Vorgehen als einen Verstoß gegen die Verfassung, mit dem ein Einfluß auf die Gestaltung des Güterverkehrs bei den Personen- und Eisenbahntarifen — nicht ohne Rücksicht auf agrarische Interessen — gewonnen werden solle. In der Einführung der Schiffahrtsabgaben sieht er den größten Schaden für das Land und seine Erwerbszwecke. Ein Volk wie das badische, das auf Import und Export angewiesen sei, müsse seinen Verkehr auf die denkbar beste Basis stellen, die Wege zum Meer auf dem Rhein und auf der Elbe offen halten, überhaupt die Ströme benützen, wie es das volkswirtschaftliche Interesse gebietet.

Die Interpellanten sehen in der Abgabefreiheit auf den Strömen ein Wahrzeichen der deutschen Einheit. Deshalb wies der Redner mit Recht darauf hin, daß die Aenderung dieser Freiheit ein Rückschritt sei, der von der preußischen Regierung ausgehe, die hier keinen Fortschritt wolle. Diesem Rückschritt habe sich die badische Regierung mit Recht entgegen gesetzt. Nach der Bitte an sie, durch Verhandlungen mit anderen Bundesstaaten eine Mehrheit gegen Preußen im Bundesrat in dieser Frage zusammen zu bringen, schloß der Redner seine von lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen mit den bekannten Worten: „Der Rhein muß frei bleiben!"

Minister v. Bodman beantwortete sofort die Interpellation. Nach Bekanntgabe der Bestrebungen Preußens und nach Mitteilung des preußischen Gesetzentwurfes an den Bundesrat, die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen betreffend, der noch nicht beraten sei, teilte er der Kammer mit, daß Baden dem Antrag auf Zurückstellung der Beratung beim Bundesrat eingebracht habe, bis die Begründung des Entwurfs vorliege.

Auf die Anfrage der Interpellanten führte der Minister aus, daß die Regierung mit andern Bundesstaaten Fühlung genommen habe und vertrauliche Verhandlungen pflege, deren Zweck und Ziel durch den im früheren Landtag wie in der Denkschrift vertretenen Standpunkt gegeben sei.

Die Bedenken gegen die Abgaben seien noch vertieft worden durch die Denkschrift Preußens; die Erhebung der Abgaben für Baden eine unbillige Mehrbelastung des Handels und der Industrie. Trotz Festhaltens an der Bundestreue und trotz des Wunsches nach guten Beziehungen mit Preußen sei die Regierung nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen.

In der Nachmittagssitzung wurde in die Beratung der Interpellation eingetreten. Der Standpunkt der nationalliberalen Partei ist ja in der Interpellation selbst und auch in ihrer Begründung durch den Abg. König klar zum Ausdruck gekommen.

Die übrigen Parteien der 2. Kammer kann man betreffend ihrer Stellung zu der Frage der Schiffahrtsabgaben in 2 Lager teilen. Auf der einen Seite die Linksliberalen und die Sozialdemokratie, die unbedingte Gegner der Erhebung einer jeden Abgabe auf natürlichen Wasserstraßen sind. Auf der andern Seite stehen die alten Verbündeten: Zentrum und konservative Partei. Das erstere ist nicht prinzipiell Gegnerin der Schiffahrtsabgaben. Der Abg. Zehnter (Ztr.) hält die Erhebung solcher Abgaben, wenn sie billig und praktisch zu handhaben sind, für wohl berechtigt, wenn sie für Herstellungen, Kanalisierungen und Regulierungen von großen Flußstrecken Verwendungen finden; er spricht ihnen aber jede Berechtigung ab, für Flußstrecken, die von Natur aus zur Schiffahrt geeignet sind und keiner großen künstlichen Verbesserung bedürfen. Damit stellt sich das Zentrum allerdings theoretisch auf den Standpunkt, daß alle korrigierten Flüsse Kanäle sind, auf denen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben zu gestatten seien. Theoretisch ist also die Schlußfolgerung für das Zentrum, für die Erhebung von Schiffahrtsabgaben, auf den zuletzt geschilderten Wasserstraßen einzutreten und damit setzt es sich in Widerspruch mit den Anschauungen unseres Handels und unserer Industrie. Aus praktischen Gründen stimmte aber der Abg. Zehnter der Denkschrift der Regierung — wie er sagte — inbezug auf den Inhalt der Vorlage der preußischen Regierung im wesentlichen zu und sprach sich aus praktischen Gründen gegen die Einführung der Abgaben aus.

Der Vertreter der Konservativen war im Grunde seines Herzens für die Schiffahrtsabgabe; aber praktische Gesichtspunkte — vielleicht waren es auch agitatorische und die Rücksicht auf die badischen (?) Anschauungen — ließen ihn die gleichen Anschauungen vertreten, die das Zentrum kund gegeben hatte.

Zwischen diesen beiden Parteien trat eine eigentümliche Wissensgemeinschaft zu Tage.

Der erste Sprecher der Sozialdemokraten, Abg. Geck, hatte keinen glücklichen Tag und er drückte die Diskussion durch die Art seiner Ausführungen gar sehr auf den Ton einseitiger sozialdemokratischer Agitation herab. Der Abg. Frank dagegen rekapitulierte nochmals in klarer Weise die schon von den Nationalliberalen vorgebrachten Gegengründe und seine Ausführungen, wie die des demokratischen Sprechers, des Abg. Hummel brachten die Diskussion wieder auf die sachliche Höhe, auf der die Begründung der Interpellanten gestanden war, auf der sich auch die ministeriellen Ausführungen wie auch die des Abg. Zehnter (Ztr) gehalten hatten.

Der Regierung deckt also nach dem Gang der heutigen Verhandlungen in ihrer schwierigen Stellung gegen die preußischen Bestrebungen die ganze badische Volksvertretung wenigstens insoweit den Rücken, als sie sich gegen den jetzigen preußischen Entwurf ausgesprochen hat.

Dagegen wird sie nicht auf die Unterstützung der Konservativen und des Zentrums rechnen dürfen, wenn Preußen einen Entwurf vorlegen wird, der die Bedenken der Reichspartei enthält.

Es ist bedauerlich, daß nicht die ganze Volksvertretung sich auf den unanfechtbaren Standpunkt der Interpellanten gestellt hat und es kann leicht der Fall eintreten, daß diese Sachlage der Regierung Schwierigkeiten bereiten wird. Das hätte bei der anzuerkennenden Haltung der Regierung nicht vorkommen sollen, die aber — trotz der eigentümlichen Haltung des Zentrums und der Konservativen, und trotz des eigentümlichen Standpunktes des „Schw. Merkurs" — doch die Überzeugung haben kann, daß die überwiegende Mehrzahl des badischen Volkes ihre wohl erwogene Ansicht teilt. Erfreulicherweise mehren sich in Württemberg die Stimmen, die sich gegen die Schiffahrtsabgaben aussprechen und so kann man wohl die Hoffnung haben, daß eine Verständigung der badischen mit der württembergischen Regierung nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit ist.

Vom angekündigten Gemeindewahlrecht.

* Karlsruhe, 17. Dez. Wie das „Heidelb. Tagebl." von einem Mitgliede der 1. Kammer erfährt, ist der in der Thronrede anläßlich der diesjährigen Landtagseröffnung angekündigte Gesetzentwurf zur Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung vom Ministerium des Innern nunmehr fertig gestellt. Nach dem Entwurf hält die Regierung am Dreiklassensystem fest, will aber die Sechstelung und den Proporz einführen.

Konkurs der Luftschiffbaugesellschaft.

* Mannheim, 17. Dez. Eine Aufsehen erregende Meldung bringt die „Schwetzinger Zeitung". Danach hat die Firma v. May u. Werkenthin G. m. b. H. Berlin, die den Bau der Lanz'schen Luftschiffhalle auf Brühler Gemarkung ausführte, am 30. November Konkurs angemeldet. Nach einem Bericht der Firma habe sich die Halle außerordentlich teuer gestellt und habe sie bei dem Bau einen Verlust zu verzeichnen, der ihre Mittel bei weitem übersteige. Die Nachricht von der Konkursansage kam, wie das genannte Blatt weiter mitteilt, allgemein überraschend

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und wirkte auf die beteiligten Geschäftsleute geradezu niederschmetternd; sind es doch meistens kleine Leute von Brühl, Schwetzingen und Rheinau, für die ein augenblicklicher Verlust von einigen tausend Mark schließlich den Ruin bedeuten kann. Als seinerzeit die Arbeiten vergeben wurden, seien die Geschäftsleute von Herzen froh gewesen, daß auf sie bei den Lieferungen Rücksicht genommen wurde und sie seien doppelt froh gewesen, als ihnen auf ihre Erkundigung hin auf dem Büro der Firma Lanz versichert wurde, daß sie ohne Bedenken liefern können. Man denke sich einmal die Lage dieser Geschäftsleute, die ihre Ersparnisse abhoben, um kreditieren zu können und die nun ihre Lieferanten bezahlen sollen und doch für ihre Leistungen kein Geld erhalten. Die Geschädigten taten das nächstliegende. Sie begaben sich zur Firma Lanz, wo man ihnen gesagt hatte, daß sie ohne Bedenken liefern könnten. Dort erhofften sie Rettung, hatten sie doch wiederholt von hochherzigen Stiftungen der Firma, allerdings für andere Zwecke gelesen. Leider waren ihre Bemühungen erfolglos. Herr Lanz versicherte, daß er bedauere in der Sache nichts tun zu können. Wie dem Schwetzinger Blatte bestimmt versichert wird, wollen die geschädigten Geschäftsleute nun Klage gegen die Firma Lanz auf Schadenersatz wegen der erteilten Auskunft erheben. Es ist indessen kaum anzunehmen, daß es diese Weltfirma von Ruf wegen des in Betracht kommenden Betrags von 20 000 Mk. zu einer Klage kommen lassen wird.

Szenen aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 17. Dez. Im Verlaufe der Obstcuktion (Hinauszögerung der parlamentarischen Arbeiten) begründete Chaloupka den nächsten Dringlichkeitsantrag, der die Aufhebung aller Industriezölle, insbesondere der Eisenzölle betrifft. Gegen halb 8 Uhr abends ertönte von der ersten Galerie ein beleidigender Ruf gegen den Redner Chaloupka, worauf von der rechten Seite der zweiten Galerie stürmisch applaudiert wurde. Zu derselben Zeit wurde aus einem Syphon von der Galerie gegen die Bänke der tschechischen Agrarier gespritzt, wodurch der Abg. Brdlik getroffen wurde. Der Vizepräsident Zazvorka ordnete die Entfernung der Ruhestörer und die Räumung der Galerie an. Zahlreiche sozialistische Abgeordnete begleiteten diese Verfügung mit lärmenden Protestrufen. Nachdem die Räumung vollzogen war, nahm der Vizepräsident um ¼8 Uhr die Sitzung wieder auf und ersuchte Chaloupka, fortzufahren.

Lokales.

Ettlingen, den 18. Dez. 1909.

* **Die Nachricht**, daß Herr Stadtbaumeister Al. Ruf am See ca. 2 Hektar Gelände zur Errichtung einer Zementröhrenfabrik erworben hat, bewahrheitet sich, doch ist das Unternehmen erst in der Entwicklung begriffen und ist die Nachricht insofern verfrüht, als noch nichts Abgeschlossenes vorliegt und die Sache auch einen anderen Ausgang nehmen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die weitere Nachricht zu nehmen, daß Herr Ruf beabsichtigt, aus dem städtischen Dienste auszutreten.

⊙ **Wochenmarktbericht.** Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise erzielt; Landbutter per Pfund 1.30—1.40 Mk., Tafelbutter per Pfd. 1.35 Mk., Landeier per Stück 13 Pfg., Kisteneier per Stück 8—9 Pf., 2 Stück 15 Pf., Milch per Liter 22 Pf., Rahm per Liter 80 Pf., Käse per Stück 10 Pf., Aepfel per Pfd. 10—16 Pf., Birnen per Pfd. 15—20 Pf., Orangen per Stück 5 Pf., Kartoffeln per Mäßle 13 Pf., Nüsse per Pfd. 30 Pf., Schwarzwurzeln per Bündel 25—30 Pf., Stockfische per Pfd. 25 Pf. Marktverkehr schwach.

Aus dem Amtsbezirk.

* Forchheim, 17. Dez. Dem Stationswart Karl Zink auf der hiesigen Haltestelle der Röschwooger Bahnlinie wurde anläßlich der Kaiserparade auf dem Forchheimer Exerzierplatz die **Rote Adler-Medaille** verliehen. Nun hat ihm Se. Kgl. Hoheit Großherzog die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der Königl. Preuß. Auszeichnung erteilt.

Vermischtes.

* Donaueschingen, 17. Dez. Flüchtig gegangen ist der beim Großh. Bezirksamt seit Frühjahr probeweise beschäftigte Hilfsdiener Peter. Es scheint, daß er sich den Folgen begangener Unterschlagungen zu entziehen versucht. Sein Aufenthalt ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

— Berlin, 18. Dez. Beim Spielen mit einem Revolver erschoß gestern aus Unvorsichtigkeit der 17jährige Sohn des Tapetenhändlers Tradt den gleichaltrigen Sohn seines Hausbesitzers, Kasper.

— Paris, 17. Dez. Die polizeilichen Nachforschungen lassen es ohne Zweifel erscheinen, daß Frau Gouin, deren Leiche auf dem Bahngeleise des Bahnhofes Bruney gefunden wurde, ermordet worden ist. Man stellte fest, daß drei Ringe, die die Ermordete an der linken Hand trug, fehlten, sowie, daß ihre Handtasche mit dem Messer aufgeschnitten und ihres Inhalts beraubt worden war. An einem Fenster des Abteils fehlte der Vorhang, der wahrscheinlich beim Kampf zwischen dem Verbrecher und seinem Opfer zerrissen worden ist. Man vermutet, daß die Tat wenige Minuten nach Abgang des Zuges aus Melun begangen wurde, woselbst Frau Gouin eingestiegen war. Vermutlich ist die Leiche dort auf das Geleise geworfen worden, denn auf der Straße befinden sich auf eine Länge von mehreren Kilometern Blutspuren.

— Madrid, 17. Dez. Wie aus Malaga gemeldet wird, wurde gestern daselbst die über die Guadalmedina führende Brücke, die aus Beiträgen des deutschen Kaisers und der dortigen deutschen Kolonie erbaut wurde, feierlich eingeweiht und dabei begeisterte Hochrufe auf den Kaiser und das deutsche Reich ausgebracht.

— Kairo, 17. Dez. Edhem Pascha, einer der türkischen Heerführer im griechisch-türkischen Kriege, ist heute früh gestorben.

Auszug aus den Standesbüchern.

Geborene.

11. Dez. Emil, Vater Hermann Hippler, Fabrikarbeiter.
13. Dez. Marie Luise, Vater Karl Johann Mangler, Schlosser.
13. Dez. Erna Lucia, Vater Karl Friedrich Kühn, Güterbestätter.
14. Dez. Franz Xaver, Vater Franz Anton Wagner, Fabrikarbeiter.
15. Dez. Maria, Vater Theodor Manz, Schreiner.

Gestorbene.

12. Dez. Maria Erna Hildegard von Ettlingen, 8 Monate 10 Tage alt, unehelich.
12. Dez. Müller Wilhelm von Ettlingen, 6[illegible] Jahre 5 Monate alt, Zimmermann.
13. Dez. Gustav von der Mark von Stargard, 52 Jahre 5 Monate alt, Kaufmann.
15. Dez. Knebel Theresia geb. Moch von Kronau, 72 Jahre 10 Monate alt, ohne Gewerbe.
16. Dez. Schreiber Richard Artur von Ettlingen, 1 Jahr 3 Monate alt, Sohn des Galvaniseur Johann Schreiber jg.
17. Dez. Rummel Florian von Ettlingen, 7[illegible] Jahre 7 Monate alt, ohne Gewerbe.

Getraute.

14. Dez. Walker Franz Willi Max, Militäranwärter von Kalkberge mit Berta Klein von Ettlingen.

Bekanntmachung.

In bisher üblicher Weise werden wie auch anderwärts im Laufe dieses Monats für Enthebung von Neujahrsbesuchen, Absendung von Glückwunschkarten 2c., freiwillige Beiträge zur Zuwendung an bedürftige hiesige Arme in Empfang genommen.

Demzufolge ersuchen wir, Geldgaben spätestens bis zum **31. ds. Mts. vormittags ½9 Uhr** auf diesseitiger Ratskanzlei abliefern, auch den Namen des Spenders in die daselbst aufliegende Liste eintragen zu wollen, da wir zu angegebener Zeit die Namen der Geber in diesem Blatt zu veröffentlichen beabsichtigen.

Ettlingen, den 16. Dezember 1909.

Bürgermeisteramt:
Dr. Hofner Müller.

Ettlingen.
Brauns'sche
Stoffarben u. Holzbeizen
in allen Farben.
Ad. Keßler,
Friedrichstraße bei der Post.

Bekanntmachung.

Nr. 8403. Wir bedürfen, wie bisher, für die 5 Waldhüter **Winteruniformen** bestehend in Rock, Weste, Hose, Hut und Mütze.

Offerten wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens bis **22. ds. Mts. dahier eingereicht** werden.

Ettlingen, den 9. Dezember 1909.

Gemeinderat. Dr. Hofner. Müller.

Eisenbahn- & Paketadressen
für Expreßgut
halten auf Lager
Buch- & Steindruckerei R. Barth.

Verlangen Sie sofort Gratiszusendung unseres Weihnachts-Kataloges über

Maxim-Sprechapparate u. Original-Grammophone
Unerreichte Tonfülle. Schriftl. Garantie.
Bequeme Zahlung.
Beispiele: Apparat Maxim I, 36 Mk.
Wöchentliche Zahlung 75 Pfennig
Apparat Maxim II, 43 Mk.
Wöchentliche Zahlung 90 Pfennig usw.
Anzahlung 7—8 Mark.
Gratiszugabe von harten auswechselbaren Musik-Gesangs- und Vortragsplatten.
Cromer & Schrack, Strassburg i. Els.,
Grammophon-Versandhaus „Wunderhorn".